



## Niederschrift

über die

### öffentliche Sitzung des Gemeinderates

am Montag, den 19. Februar 2024

**Beginn:** 18:00 Uhr

**Ende:** 19:04 Uhr

#### Anwesend:

Bürgermeisterin Michaela Ofner

GV Stephan Kuprian

GR Rudolf Wammes

Bgm<sup>in</sup>-StellV Christian Köfler

GR Julian Kapeller

GR Hubert Leitner

GR David Prantl

GV Manuel Neurauter

GR Thomas Praxmarer

GR Martin Haslwanger

GR Mag. Ernst Gabl

GR Bernhard Zolitsch

GV<sup>in</sup> Bianca Neurauter

GR Michael Stigger

EGR Karl Föger

Vertretung für Frau Andrea Plattner

EGR<sup>in</sup> Mag. Alexandra Harrasser

Vertretung für Herrn Peter Schaber

EGR Albert Neurauter

Vertretung für Herrn Gabriel Leitner

#### Abwesend:

GR Peter Schaber

GR Gabriel Leitner

GV<sup>in</sup> Andrea Plattner

**Zuhörer:** 84

**Schriftführung:** Mag. Andrea Raffl



## Tagesordnung

1. **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Beratung und Beschlussfassung über die Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 23.11.2023 Pkt. 18 lit. b betreffend dem Projekt Neubau Volksschule und Kindergarten Haimingerberg**
3. **Anträge, Anfragen, Allfälliges**

## Beschlüsse

### 1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Bürgermeisterin begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Als Ersatz für GV<sup>in</sup> Andrea Plattner erscheint EGR Karl Föger, als Ersatz für GR Gabriel Leitner erscheint EGR Albert Neurauter und als Ersatz für GR Peter Schaber erscheint EGR<sup>in</sup> Mag. Alexandra Harrasser.

### 2. Beratung und Beschlussfassung über die Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 23.11.2023 Pkt. 18 lit. b betreffend dem Projekt Neubau Volksschule und Kindergarten Haimingerberg

Die Bürgermeisterin erklärt, dass sie es schade finden würde, dass das gegenständliche Thema hohe Wellen schlägt. Leider wurden Details einer nicht öffentlichen Arbeitssitzung an die Öffentlichkeit getragen. Sie appelliert nochmals an die Vernunft der anwesenden Gemeinderäte und hofft auf eine künftige ruhige Zusammenarbeit.

Bürgermeisterin Ofner erklärt, dass beim Gebäude VS/KG Haimingerberg etwas geschehen müsse. Strittig sei jedoch nur, ob ein Umbau oder Neubau erfolgen soll. Sie habe immer betont, dass sie dafür sei, dass Schule und Kindergarten am Haimingerberg erhalten bleiben soll. Dies aber natürlich so kostengünstig wie möglich. Eine Kostenschätzung für einen Neubau ist vorliegend, jedoch keine für einen Umbau bzw. Sanierung. Bereits im November 2023 hätte sie dafür plädiert, dass eine Kostenschätzung für einen Umbau eingeholt werden soll. Das Land Tirol hat bis jetzt nur eine Summe von € 1,2 Mio. zugesagt wurde, welche in 3 Raten 2024, 2025 und 2026 ausbezahlt werden wird. Die weiteren mündlich zugesagten € 400.000,- werden von anderen Förderungen abgezogen.

Im Jänner 2024 habe sie eine nicht öffentliche Sitzung abgehalten, um die Zustimmung der Gemeinderäte zu erhalten, die Kosten für einen Umbau bzw. für eine Sanierung erheben zu können. Diese Sitzung wurde bewusst nicht öffentlich abgehalten, um das Thema nicht noch einmal in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Sie hätte gehofft, wenn alle die Fakten und die neu hinzugekommenen Kosten kennen würden, welche noch nicht in der Kostenaufstellung enthalten sind, dass man zumindest in Erwägung ziehen würde, die Kosten für einen Umbau bzw. eine Sanierung erheben zu lassen. Nach dieser Sitzung haben sich jedoch einige Gemeinderäte bewusst an die Presse gewandt und sogar die von GV Stephan Kuprian angeblich so geäußerten Wortmeldungen von der nicht öffentlichen Sitzung verbreitet. Man hat somit bewusst in Kauf genommen, dass GV Stefan Kuprian privat und beruflich zu Schaden kommen könnte. Damit wurde eine Grenze überschritten. Als Gemeinderat hat man eine besondere Verantwortung für die Gemeinde. Ein Gemeinderat hat Rechte aber auch Pflichten, z.B. die Verschwiegenheitspflicht. Verstößt jemand dagegen, sei Sie als Bürgermeisterin gezwungen, dies den Behörden zu melden. Denn wenn sie es nicht melden würde, würde Sie ihre Verantwortung als Bürgermeisterin nicht wahrnehmen. Das Geschehene wurde der Bezirkshauptmannschaft gemeldet, welche mitgeteilt hat, dass sie eine Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft diesbezüglich gemacht hätten. Denn die Verletzung des Amtsgeheimnisses, dem auch der Gemeinderat unterliegt, ist nämlich ein so gravierendes Delikt.

Auf die Zustände im Kindergarten und der Volksschule Haimingerberg sei sie als erstes durch die Wir Haiminger aufmerksam geworden. Alle Fraktionen waren sich einig, dass Handlungsbedarf gegeben sei. Man habe sich in weiterer Folge an die Dorferneuerung des Landes gewandt, da keiner damals wusste, wo die Reise



hinsichtlich Kosten hingeht. So hat man sich entschlossen einen Architektenwettbewerb zu starten, denn erst, wenn man ein konkretes Projekt hat, kann man auch die Kosten dafür schätzen lassen. Ein solcher Wettbewerb bedeutete aber nie, dass man das Siegerprojekt auf wirklich bauen muss. Danach wäre geplant gewesen, sich die Kosten für einen Umbau oder für eine Sanierung anzuschauen. So hätte man die nötigen Zahlen für eine seriöse Entscheidungsfindung im Gemeinderat gehabt. Mit einer Mehrheit im Gemeinderat wurde verlangt über einen Neubau abzustimmen. Die Geburtenzahlen sind in Haiming und Ötztal-Bahnhof steigend und in Haimingerberg-Ochsengarten seit einigen Jahren rückläufig. Derzeit sieht es aus, dass es in wenigen Jahren dazu kommt, dass alle 4 Jahrgänge in einer Klasse unterrichtet werden müssen. Durch die steigenden Geburtenzahlen in Haiming, wird es in naher Zukunft zu Platzproblemen in der Volksschule Haiming kommen. Auch hier ist Handlungsbedarf. Deshalb plädiere sie, dass man allen gerecht werden wird.

Sie beantragt daher, den Beschluss vom 23.11.2023, Pkt. 18 lit.b. dahingehend zu ändern, dass man Umbaukosten erhebt und danach eine Entscheidung über Neubau oder Umbau/Sanierung trifft.

Anschließend bittet sie alle Listenführer um ein kurzes Statement.

Vizebürgermeister Christian Köfler sagt, dass bis heute die Bürgermeisterin nicht fähig gewesen sei, die Kosten für einen Umbau zu eruieren und es bereits einen Gemeinderatsbeschluss gibt. Beim Architekturwettbewerb sei sie immer an vorderster Front gestanden und hätte mitgestimmt. Von ihrer Liste sei niemand dabei gewesen. Es sei traurig, wenn wir für unsere Kinder nicht mehr das Geld haben, eine Schule und einen Kindergarten zu bauen. Jetzt müsse man schauen, dass man Einnahmen hat und nicht die Einnahmen abwürgen. Betreffend die Veröffentlichung betont er, sie seien der Wahrheit verpflichtet und dazu stehe er und er übernimmt dafür die politische Verantwortung. Sollte es zu einer Verurteilung kommen, dann werde ich die politischen Konsequenzen daraus ziehen. Bis dahin natürlich nicht. Wenn man so eine Aussage tätigt und er unterstelle GV Stephan Kuprian nicht, dass er es böse gemeint hat, aber er hat sich zu dieser Aussage hinleiten lassen, weil er dieses Projekt verhindern wollte. Die Bürgermeisterin und GV Kuprian hätten heute beide die Möglichkeit, sich öffentlich zu entschuldigen. Stattdessen wurden die 10 Mandatare bei der BH angezeigt. Er sei stinksauer, Haiming hätte sich eine offene Politik verdient. Sie würden sich nicht von der Bürgermeisterin davon treiben lassen.

GV Manuel Neurauder möchte protokolliert haben, dass sich die Bürgermeisterin in der Zeile geirrt hätte, da es nicht zusammengepasst hat. Weiters fragt GV Manuel Neurauder die Bürgermeisterin, was mit +-22 Kinder gemeint ist. Die Bürgermeisterin erklärt, dass 23 Kindergartenkinder +- soweit sie unterrichtet sei und 22 Volksschulkinder +- gemeint war sowie einem Kind vom Haimingerberg, welches seit 2020 in der VS Haiming unterrichtet wird. Er teilt betreffend den Zeitungsartikel mit, dass dort die Rede von € 5,4 bis € 7 Mio. für 22 Kinder gewesen sei.

GR Martin Haslwanger meint, er müsse sich der Aussage von Vizebürgermeister Christian Köfler anschließen. Dieses Projekt sei von der Neuen Bürgerliste initiiert worden. Dass es einen Umbau benötige, habe man gewusst. Es ist auch nicht schnell genug gegangen, die Mietwohnungen zu delogieren. Man hätte nicht geschaut, wie es gehen könne. Die Bürgermeisterin hätte sie das dritte Mal angezeigt und redet von Ruhe und Frieden in der Gemeinde. So bringe man keinen Frieden mehr zusammen.

GR Ernst Gabl teilt mit, dass er zwischen 2 Stühlen sitzen würde. Als "Grüner" Politiker müsste diesem Projekt freudestrahlend zustimmen, aber als Gemeindevandatar hätte man auch Verpflichtungen, wie die wirtschaftliche Beweglichkeit der Gemeinde ist. GV Manuel Neurauder und auch Vizebürgermeister Köfler wissen, dass sie in 8 Stunden Budgeterstellung Millionen an Investitionen herabgestrichen werden mussten. Dies mache die Situation schwierig.

GR Bernhard Zolitsch meint, es würde davon geredet, wie schlecht es uns ginge, dass man die Ordnung stört, dass man die Schulgemeinschaft gestört hätte. Deswegen wird man gleich angezeigt wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses. Es sei für ihn eine politisch legitime Forderung, einen Rücktritt zu fordern, wenn eine falsche Aussage getätigt wurde. Das sei ein demokratisches Recht, was jeder Mandatar hätte. Laut Gemeindefinanzbericht 2023 hätte die Gemeinde Haiming im Jahr 2022 € 3,- Millionen an Bedarfszuweisung



erhalten und hätte einen Verschuldungsgrad von 21%. Somit sei sie die zweit finanzstärkste Gemeinde und nicht in der Lage € 3,5 Mio. in die Hand zu nehmen. Man würde kein Geld hinauswerfen, sondern man hätte einen Gegenwert. Wenn in Haiming und Ötztal-Bahnhof etwas gebaut werden müsse, könne dann ja eine Schulklasse auf den Haimingerberg ausweichen. Natürlich müssen in Haiming und Ötztal-Bahnhof auch andere Projekt gemacht werden, dann würde der Verschuldungsgrad um 10% steigen, dann ist man aber immer noch im unteren Drittel von den Gemeinden im Bezirk.

Die Bürgermeisterin fragt, ob noch jemand eine Wortmeldung abgeben möchte.

GR Hubert Leitner betont, dass er, was die Schweigepflicht betrifft, als Hauptangeklagter antreten müsse, denn, wenn man den Mut nicht hat, über so etwas in der Öffentlichkeit zu berichten, dann sei man falsch am Platz. Ihn sei es auch egal, diese Schweigepflicht weiterhin zu verletzen. Es gibt ein Protokoll, indem Herr Kuprian sagt: „Dies sind Fakten aus der Mittelschule“. Hier fragt die Bürgermeisterin nach, ob GR Hubert Leitner aus dem nicht öffentlichen Protokoll zitiert, was GR Hubert Leitner bejaht. Auf Nachfrage von GR Hubert Leitner beim Direktor der Mittelschule, erwiderte dieser, dass er dazu nichts sagen könne. Laut Volksschullehrerin wären es derzeit 22 Kinder und nächstes Jahr 30 Kinder und über die Geburtenzahlen zu prognostizieren für ein Projekt, welches wahrscheinlich 50 bis 60 Jahre halten muss, ist ein dummer Blick in die Glaskugel. Er hätte sich auch den täglichen Ablauf angeschaut. Die Kinder treffen sich um 7:15 Uhr im Dorf, die Kinder aus Marlstein sind schon ca. 5-10 Minuten unterwegs. Wenn der Bus um 07:15 Uhr abfährt, ist er um 07:33 vor der VS Haimingerberg und hat eine Busfahrtzeit von 18 Minuten hinter sich und wenn er dann weiterfährt bis nach Ötztal-Bahnhof, kommt das Kindergartenkind um 07:58 Uhr an und die Fahrzeit beträgt 43 Minuten bei besten Bedingungen. Dies ist traurig und nicht zeitgemäß.

GR Thomas Praxmarer meint, dass man heute das zweite Mal darüber abstimmen würde. Noch sei man halbwegs im Zeitplan. Man hat die Kinder im Herbst ausgesiedelt. Auch da sind es beengte Verhältnisse und die Eltern haben alle nicht gejammert in der Hoffnung, dass das Projekt umgesetzt wird. Jetzt von einer Sanierung zu sprechen ist zu spät. Er bittet die Bürgermeisterin nach dieser Abstimmung das Projekt umzusetzen. Man wird mit diesem Projekt ein Loch ins Budget reißen, aber er bittet alle, bei der Budgeterstellung gemeinsam zusammen zu arbeiten. Große Projekte muss man hintenanstellen, aber dazu sei man bereit.

GR Julian Kapeller teilt mit, dass es eine bewusste Verzögerung sei, was sich die Leute nicht verdient hätten.

GR David Prantl erklärt zur Bürgermeisterin hin, dass es nicht stimme, man hätten den Umbau nicht forciert. Bei der Ausschreibung der Dorferneuerung ist dezidiert gestanden, dass ein Umbau bei diesem Gebäude nicht in Frage kommt und nicht empfehlenswert ist.

GV Bianca Neurauter teilt diesbezüglich mit, dass laut Ausschreibungsunterlagen ein Abriss und Neubau zu empfehlen sei, da die Bausubstanz in schlechten Zustand ist und kernsaniert werden müsse. Das Untergeschoss weist eine zu geringe Raumhöhe für eine vernünftige Nachnutzung auf. Für Lernräume sind 3 Meter vorzusehen. Der Bestand ist wegen dem Felsen teilweise unter Raumhöhen für Wohnen. Die Struktur des Hauses ist sehr kleingliedrig. Die bestehenden Unterrichtsräume eignen sich in ihren Größen nicht für einen zeitgemäßen Unterricht. Auch ist es nicht möglich, die Volksschule im Obergeschoss, aufgrund der zu geringen Raumhöhe, unterzubringen. Für den Flächenbedarf der Volksschule fehlen ca. 100 m<sup>2</sup>. Das Geschoss müsste neu errichtet werden.

GV Stephan Kuprian erklärt, dass er bei der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.11.2023 gesagt hätte, er sei für einen Umbau/Sanierung des Vereinshauses sowie des Kindergartens. Aber die Volksschule sowie die Kinderkrippe gehören nach Haiming, weil das ansonsten nicht leistbar ist. Für ihn seien die Volksschule Haiming und Mittelschule Haiming Prioritäten. Eine Alternative für die Volksschulkinder aus Haimingerberg und Ochsengarten ist die Volksschule Haiming. Ausschlaggebender Punkt sei für ihn die pädagogischen Auswirkungen. Er hätte aufgrund der Kürze der Redezeit eine verbesserungswürdige Aussage getätigt. Es ist für die Kinder aus den Ortsteilen Haimingerberg und Ochsengarten kein pädagogischer Nachteil, wenn sie die Volksschule Haiming besuchen. Er wollte nie die Bildungseinrichtung der Volksschule Haimingerberg angreifen, denn sie machen eine sehr gute Arbeit. Zur nicht öffentlichen Sitzung bzw. Arbeitssitzung am 11.01.2024 wird



er keine inhaltlichen Aussagen tätigen, da dies eine Verletzung der Verschwiegenheitspflicht und des Amtsgeheimnisses darstellt. Ebenso bezieht er zu den Gerüchten in Haiming Stellung und zwar sei er noch Schulleiter und er wird nicht als Gemeindevorstand zurücktreten.

Die Bürgermeisterin beantragt, den Gemeinderatsbeschluss vom 23.11.2023, Pkt. 18 lit.b. abzuändern.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt mit 6 JA-Stimmen und 11 NEIN-Stimmen gegen den Antrag der Bürgermeisterin.

Nach Rückfragen, was die Abänderung beinhalte, erklärt Bürgermeisterin, dass sie die Abänderung des Beschlusses vom 23.11.2023, Pkt. 18 lit. b. dahingehend beantragt hätte, dass man einen Umbau/Sanierung in Erwägung ziehen würde.

Abschließend teilt Vizebürgermeister Christian Köfler mit, dass sie im Vorfeld auch darüber gesprochen hätten, dass wenn es ein schlüssiges Konzept über einen Umbau geben würde, dann hätten sie sich dem nicht verschlossen.

### **3. Anträge, Anfragen, Alläffliges**

- a. Beschlussfassung betreffend die Vergabe von zwei Wohnungen sowie die Verlängerung der bestehenden Mietverträge im Rennackerweg „Betreubares Wohnen“

Die Bürgermeisterin beantragt die Aufnahme auf die Tagesordnung

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt einstimmig für die Aufnahme auf die Tagesordnung

- a. Beschlussfassung betreffend die Vergabe von zwei Wohnungen sowie die Verlängerung der bestehenden Mietverträge im Rennackerweg „Betreubares Wohnen“

Die Bürgermeisterin übergibt das Wort dem Ausschussobmann des Ausschusses Familie, Soziales, Senioren Jugend, GR Bernhard Zoltisch, welcher berichtet, dass vor drei Jahren das Bauprojekt Betreubares Wohnen mit 18 Einheiten realisiert wurde. Davon wurden 8 Wohnungen als „Starterwohnungen“ vergeben. 2 Wohnungen sind frei geworden und 2 Rückantworten mit einem entsprechenden Bedarf wurden der Gemeinde gemeldet. Der FSSJ-Ausschuss hat einstimmig beschlossen, jenen zwei Bewerbern die frei gewordenen Wohnungen zu überlassen und die restlichen Mietverträge auf weitere 3 Jahre zu verlängern.

Die Bürgermeisterin beantragt die 2 Wohnungen an die zwei vom Ausschuss vorgeschlagenen Bewerbern zu überlassen und die restlichen Mietverträge zu verlängern.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Gemeinde Haiming stimmt einstimmig für den Antrag der Bürgermeisterin.

- b. Anträge

Die Bürgermeisterin fragt, ob es noch Anträge gib.

Vizebürgermeister Christian Köfler bringt folgenden Antrag nach § 35 Tiroler Gemeindeordnung 2001 ein:

Antrag um Aufnahme des angegebenen Verhandlungsgegenstandes nach § 35 auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung



1. Diskussion und Beschlussfassung um Wiederaufnahme der Gespräche zum Projekt Kindergarten in Ötztal-Bahnhof

Der Antrag wurde von 8 Gemeinderäten unterschrieben.

